

Martin Korol: Die alte Tante SPD liegt krank danieder. Im Bund wie in Bremen.

„Auch mit Andrea Nahles ist die bundesdeutsche SPD im Sinkflug“, meldet die WELT heute, 30.5.2018. Wie steht es um die Bremer SPD? Sie hat eine lange Geschichte aufzuweisen. Bei Wikipedia heißt es über die organisierte Arbeiterbewegung in Bremen:

„Der Verein Vorwärts warb für die neue politische Bewegung. Gustav Adolph Deckwitz richtete am 1. Januar 1864 in Bremen eine Gruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) ein. Am 6. April 1864 wurde Deckwitz von dem Vorsitzenden des ADAV, Ferdinand Lassalle, zum Bevollmächtigten in Bremen ernannt; der Beginn der Bremer SPD.“

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/SPD_Bremen).



1. Die alte Herrlichkeit. Als für die SPD die Welt noch in Ordnung war. Weihnachtsfeier OV Findorff. 18.12.2009. Mit freundlicher Genehmigung von Walter Gerbracht.

Nun ist die Bremer SPD in die Jahre gekommen. Sie ist alt und krank geworden. 73 Jahre beherrschte sie Bremen. Nun bricht sie zusammen wie ein Kartenhaus – ein tönendes Erz, eine klingende Schelle. Die SPD hat Bremen geprägt. Sie hat dieser Stadt ihren Stempel aufgedrückt. Auf Jahre und Jahrzehnte hin. Das verläuft sich nicht so schnell. Nun denn. Ob die SPD als Partei sich modernisieren will und kann, das ist ihre Sache. Wer allerdings, wie CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP und die Partei Die Linke, vorhat, diese Stadt künftig zu regieren, wäre aus meiner Sicht gut beraten, das Erbe daraufhin zu prüfen, ob man es annimmt. Man sollte fragen und prüfen, wie stark immer noch der legendäre Bremer Filz ist; der mächtiger ist als jeder Senat und jede Bürgerschaft. Man sollte fragen und prüfen, wie verkrustet und unbeweglich immer noch, aber auch, wie modern das Denken und Handeln in Bremens Exekutive, Legislative und Judikative bereits ist. Und schließlich sollte man fragen und prüfen, was zu tun ist, um Bremen so zu modernisieren, auf dass diese Stadt nicht an denselben Gebrechen untergeht wie die SPD.

1) Die Exekutive

In einer aktuellen Information der Senatorin für Finanzen über den bremischen Öffentlichen Dienst (ÖD-HB) heißt es:

„Insgesamt arbeiten rund 47.000 Beschäftigte aus über 300 verschiedenen Berufen (A=Arzt/Ärztin bis Z=Zerspanungsmechaniker/-in) in den Einrichtungen des öffentlichen Dienstes Bremens. Hierzu gehören neben der ‚klassischen‘ Kernverwaltung auch Sonderhaushalte, Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten sowie eine Vielzahl an Gesellschaften.

Rund 28.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den verschiedenen Aufgabefeldern der Verwaltung (inkl. Sonderhaushalten) und den öffentlichen Betrieben der Freien Hansestadt Bremen tätig.

Klar ist, dass die Beschäftigten nicht bürokratisch verwaltet werden können, sondern durch ein modernes Personalmanagement und Dienstrecht unterstützt werden müssen.“

(Quelle: <https://www.finanzen.bremen.de/personal-738>).

Ich meine: Klar ist auch: Jede Regierung kann nur so gut sein wie ihr ÖD. Hat eine Regierung den ÖD im Griff oder ist es dem ÖD egal, wer in der jeweiligen Regierung sitzt? Wie leistungsfähig ist der ÖD-HB? Ist er sein Geld wert? 2018 betrugen die Ausgaben von Land und Stadtgemeinde Bremen für Personal 1,434 Mrd. € bei einem Gesamthaushalt von 5,438 Mrd. €.



2. Wo geht es hier lang?

Hat der ÖD-HB ein modernes Personalmanagement und Dienstrecht? Woran erkennt man das? Womit verglichen? Dazu hier nur ein Hinweis: Der ÖD-HB ist, wie der des ÖD in ganz Deutschland, geprägt vom Geist des Beamtentums. Nun entstammt aber das Beamtentum mit seinen Privilegien dem Feudalismus. Eine moderne Partei und Regierung kann m. E. nur auf Abschaffung des Beamtentums sinnieren und drängen, allein schon deswegen, weil auch in Bremen Beamte und

Angestellte im ÖD bei gleicher Arbeit unterschiedlich bezahlt werden. Das müsste jeden Gewerkschaftler und jeden, der sozial denkt und für gerechte Verhältnisse sorgen will, zu einem Aufschrei veranlassen. Das passiert aber nicht. Mehr noch: Kaum ein Gesetz sichert die Privilegien des Beamtentums derart radikal ab wie das Bremische Personalvertretungsgesetz von 1978. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen. Selbst der langjährige und momentane Koalitionspartner der SPD, die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“, regte in den letzten Jahren mehrfach an, über dessen Novellierung zu beraten.

2) Legislative

Ein Parlament handelt nur dann demokratisch, wenn die Abgeordneten nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen. Jeglicher Fraktionszwang steht dem entgegen. Er gehört abgeschafft – in Bürgerschaft und in den Beiräten. Er ist im Übrigen gem. Art. 77 der bremischen Landesverfassung von 1947 längst verboten. Dort heißt es: „Ein Fraktionszwang ist unzulässig“. (Nur als Idee: Sind womöglich die meisten nach 1947 in der Bürgerschaft bzw. in der Bremer Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesetze und die meisten der in den Beiräten gefassten Beschlüsse ungültig?)



BB. Wahl der Präsidentin. 27.3.2019.

Zu einem demokratischen Parlament gehören moderne Methoden der Präsentation und der Wahl. Wir bezahlen unseren Einkauf im Supermarkt mittlerweile kontaktlos, aber Wahlen zu den Parlamenten qua Computer seien nicht möglich, hört man, weil nicht sicher. Blühender Unsinn! Theoretisch könnten wir jeden Tag einen gültigen Volksentscheid und Wahlen zur EU-Parlament, zum Bundestag, zur Bürgerschaft und zu den Beiräten absolvieren. Ja, wer mag denn wohl ein Interesse daran haben, diese phantastische Möglichkeit zur Bereicherung der repräsentativen Demokratie madig zu machen und zu verhindern?!

3) Judikative

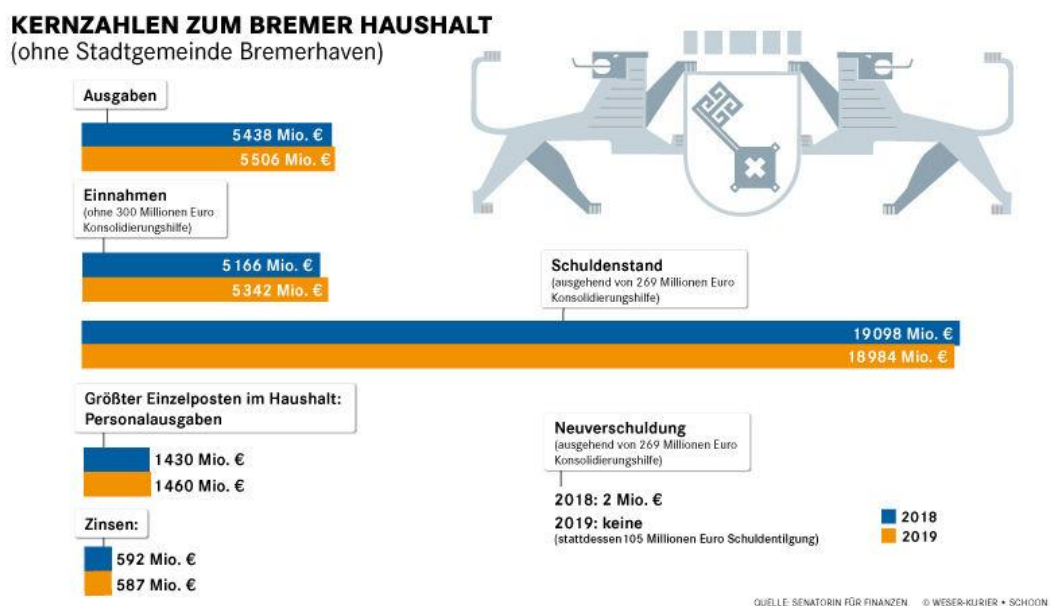
Über den Personalmangel an deutschen Gerichten und die Folgen dieses Mangels heißt es bei Radio Bremen am 2.11.2016 auf der Homepage anlässlich einer Sendung dazu im Nordwestradio:

„Chaos statt Pathos. Der Schreibtisch des jungen Richters versinkt nach wenigen Tagen unter Akten. Es gibt keine Eingewöhnungszeit. Die im Dezernat laufenden Verfahren müssen erledigt werden, die neuen und auch die liegen gebliebenen. 80 Neueingänge pro Monat sind für einen Strafrichter am Amtsgericht normal, ein Dezernat im Zivilrecht mit 400 Akten Rückstand ist nicht ungewöhnlich.“

(Quelle: <https://www.radiobremen.de/unternehmen/presse/radio/nwr2444.html>).

Ralf Michel schreibt im Weser-Kurier am 13.3.2019 über Aktenberge in der Anklagebehörde und Personalmangel in der bremischen Justiz: „Bremer Staatsanwaltschaft fehlen 48,5 Mitarbeiter. Die Bremer Justizbehörde fordert mehr Personal für die Staatsanwaltschaft.“

(Quelle: https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-bremer-staatsanwaltschaft-fehlen-485-mitarbeiter-_arid,1813967.html).



Bremens Haushalt 2018/2019.

Was ist zu tun, um Bremen als Rechtsstaat zu erhalten und zu pflegen? So viel dürfte deutlich geworden sein: Ein neuer Senat, der nicht will, dass Bremen so kollabiert wie die SPD, hat mächtig zu tun.

Mit Sicherheit ein Herkulesaufgabe!